

# AKTIONSGEMEINSCHAFT DER BÜRGERINITIATIVEN GEGEN DIE VERLEGUNG DER AUTOBAHN 4

Arnoldsweiler • Buir • Elsdorf • Manheim • Merzenich • Morschenich e.V.

Sprecher: Dipl.Ing. Peter Inden,  
Tel: 02275/5518, Fax: .../5529,  
e-mail: peter.inden@netcologne.de  
Vertreter der Naturschutzverbände NRW im Unterausschuß - und im Arbeitskreis Hambach.

13. Januar 1998

An die  
Bezirksregierung Köln  
Dezernat 56  
Herrn Antwerpes  
Zeughausstraße 2 – 10  
50667 Köln

Ergänzungen zum Widerspruch gegen den Genehmigungsbescheid zum geplanten Block K in Niederaußem nach Bundes-Immissionsschutzgesetz.

## **Bezug:**

- Antrag und Errichtung des BoA-Blocks K in Niederaußem gem. §4 BImSchG
- Genehmigungsbescheid Az.: 56.8851.1.1-50/97 vom 12/11/'97
- Mein Widerspruch vom 07/12/'97
- Ihr Schreiben vom 16/12/'97 mit der Bitte um eine ergänzende Begründung.
- Mein ergänzender Widerspruch.

Sehr geehrter Herr Antwerpes,  
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne übersenden wir Ihnen noch die Anlage 3, als weitere Ergänzung unseres Widerspruchs. In der Anlage 3, wird der Gesamtzusammenhang zwischen geplanter A4 Verlegung, dem Tagebau Hambach I und der geplanten Ausweitung des Kraftwerks Niederaußem erläutert.

Weiterhin weisen wir Sie darauf hin, daß die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Bezirksregierung Köln z.Zt. vom Innenministerium geprüft wird. Das Verfahren kann also erst nach Abschluß der Prüfung fortgesetzt werden.

Für eine kurzfristige Bestätigung des Eingangs sind wir Ihnen dankbar.

**Herzliche Grüße**

# **A4 und Hambach vor Gericht - Niederaußem im Widerspruch !**

## **Zur Erinnerung:**

Im Jahre 1978 wurde mit dem Aufschluß des Braunkohlentagebaus Hambach begonnen. Seitdem entsteht zwischen Bergheim, Jülich und Buir das „größte Loch der Welt“: Auf einer Fläche von 85 Quadratkilometern dringen die Bagger in Tiefen von über 450 Metern vor, um Braunkohle zu fördern. Die Auswirkungen sind gewaltig, und dies, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 und der BUND-NRW (Bund für Umwelt und Naturschutz) haben deshalb im Jahre 1996 Klage gegen die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes zur Fortführung des Tagebaus bis zum Jahre 2020 erhoben. Auch die geplante Ausweitung des Kraftwerks Niederaußem, zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk, würde Sachzwänge für eine Verlegung der A4, das Abbaggern von Mannheim, Morschenich und des Hambacher Forstes, sowie die Genehmigung von Hambach II zur Folge haben. Daher wenden sich unsere Aktivitäten auch gegen eine Ausweitung von Niederaußem.

## **A 4-Verlegung überflüssig:**

Schon heute wird den Menschen der Braunkohlenregion ein enormes Sonderopfer abverlangt: Die tagebaubedingten Staubemissionen führen zu unerträglichen Zuständen, Tausende werden umgesiedelt, die traditionelle Kulturlandschaft verschwindet.

Doch es soll noch schlimmer kommen: Mannheim, Morschenich und unser Hambacher Forst sollen abgebagert werden. Arnoldsweiler, Merzenich und Buir werden dem Verkehrschaos erliegen, wenn die Autobahn Köln-Aachen (A4) nach der heutigen Planung auf sechs Spuren erweitert und direkt an Buir vorbeigeführt wird. Denn die Bahnlinie wird gleichzeitig für neue Hochgeschwindigkeitszüge, die S-Bahn und den Güterverkehr erweitert; die Hambach-Kohlebahn kommt noch dazu. Der Tagebau wird direkt vor dieser neuen "Bündelung der Verkehrswege" enden. Also direkt vor den ersten Häusern von Buir.

Für die neue Trasse der A 4 soll kurzfristig das Linienbestimmungsverfahren durchgeführt werden. Und das, obwohl feststeht, daß der Landschaftsverband auf einer falschen Basis plant. Denn die Umweltverträglichkeitsstudie zur A 4-Verlegung enthält einen gravierenden Mangel: Die Null-Variante - also die Variante, wonach die A 4 an der jetzigen Stelle verbleibt und ggf. dort sechsspurig ausgebaut wird - wurde nicht berücksichtigt. Dies wird auch vom Rheinischen Autobahnamt bestätigt, aber trotzdem nicht revidiert. Dieses rechtliche Defizit kann weitreichende Folgen für den weiteren Ablauf des Verfahrens haben.

Um Fakten zu schaffen, soll die Verlegung der A 4 schnell erfolgen. Und dies ohne planungstechnische Notwendigkeit, da der Tagebau die Autobahn frühestens im Jahre 2017, unter Berücksichtigung der Wirkungsgradsteigerungen erst 2036, erreichen würde !

## **Kunstlandschaft statt Natur:**

Da es sich beim Tagebau Hambach um einen Neuaufschluß handelte, mußten zu Beginn (ab 1978) zunächst 2,2 Mrd. m<sup>3</sup> Abraum verkippt werden. Mit der Sophienhöhe entstand ein künstliches Mittelgebirge von 10 km<sup>2</sup> Fläche und einer Höhe von über 280 m.

Daneben soll nach Abschluß des Tagebaus im Restloch ein gigantischer See entstehen. Dieser Restsee soll eine Fläche von 4.200 ha einnehmen, eine Tiefe von bis zu 400m erreichen und ein Volumen von 3,6 Mrd.m<sup>3</sup> Wasser fassen. Durch den Schadstoffaustrag aus den Ufern wird dieser See aber versauern. Über Jahrzehnte wäre eine künstliche Befüllung mit Rheinwasser notwendig, das über eine Pipeline herbeigeführt werden müßte. Mit dem Hambacher Forst vernichtet Rheinbraun ein ökologisch äußerst wertvolles, 550 ha großes Waldgebiet von europäischem Rang.

## Längere Laufzeit des Tagebaus:

Langfristig plant die Rheinbraun AG eine durchschnittliche Förderung von 50 Mio.t Braunkohle pro Jahr (derzeit ca. 30 Mio.t/Jahr). Berücksichtigt man die mit der 20Mrd.DM Investitionsentscheidung für die Modernisierung der rheinischen Braunkohlekraftwerke verbundene relative Erhöhung des Wirkungsgrades um ca. 25 %, so wird zur Erzeugung der jetzigen Energiemenge entsprechend weniger Kohle benötigt. Die Laufzeit des Tagebaus erhöht sich damit rein rechnerisch um fast zehn Jahre. Geht man von der jetzigen Förderung und Kraftwerksstruktur aus, wäre der Bereich bis zur Autobahn A 4 also erst im Jahre 2036 erreicht !

## Alle Petitionen angenommen:

Die evangelische Gemeinde zu Düren, der Manheimer Stadtverordnete Josef Rambossek, der Merzenicher Gemeinderat Rainer Lensing und die Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4 haben gemeinsame Petitionen zur geplanten A4 Verlegung, zum Tagebau Hambach I und zum Kraftwerk Niederaußem an das Europäische Parlament, den Bundestag und den Landtag von NRW gerichtet. Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Dr. Wolfgang Ullmann MEP, hat sich am 13.Juni.1997 vor Ort über die Problematik informiert. Für die Bürgerinitiativen und die evangelische Gemeinde ist klar, daß die geplante A4-Verlegung und der Tagebau Hambach I gegen europäisches Recht verstoßen. Seit diesem Besuch ist ein reger Schriftverkehr in Sachen unterlassener UVP zwischen dem Europäischen Petitionsausschuß und dem Umweltministerium NRW entstanden. Alle Petitionen sind von den Parlamenten akzeptiert worden.

## Europäer fordern Gleichbehandlung !

Der Europäische Petitionsausschuß teilte nun mit, daß die erfolgte Prüfung positiv verlaufen sei und, daß als nächste Instanz die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eingeschaltet wurde. Außerdem kommt der Petitionsausschuß zu dem Schluß, daß sowohl die Hambach Petitionen als auch die Garzweiler Petitionen auf europäischer Ebene ab sofort gleich behandelt werden, da die Grundwasserproblematik identisch ist. Diese positive Aussage der Europäer kann als weiterer Teilerfolg der Hambacher Initiativen, auf dem Weg die A4 Verlegung und das geplante Abbaggern des Hambacher Forstes, Manheims und Morschenichs zu verhindern, gewertet werden.

## Hambacher „Leck“ außer Kontrolle ...

**Die Bemühungen der Europäer den Umweltfrevl von Rheinbraun auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wird zeitaktuell von einem tragischen Ereignis überschattet:**

Seit November '97 bricht im Tagebau Hambach unkontrolliert etwa 35000l/min Wasser ein. Etwa 20% der zu fördernden Kohle steht unter Wasser. Das einbrechende Wasser ist ca. 30 Grad warm, wird abgekühlt und in die Erft gepumpt. Die bis zu 700m tiefen Sumpfungsbunnen dürften nun auf Hochtouren laufen. Rheinbraun hofft den Wassereinbruch bis zum Sommer '98 in den Griff zu bekommen. **Hambach ist also zur Zeit außer Kontrolle geraten und nicht mehr beherrschbar.** Die Umweltverbände warnen schon seit langem vor den unkalkulierbaren Risiken die der Tieftagebau Hambach mit sich bringt. Dies wird auch durch Probebohrungen von 1927, 1930 und 1965 belegt. Auch das Hambacher Leck wird bereits vom Europäischen Petitionsausschuß geprüft, da Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel bis in die Niederlande zu erwarten sind. Die Reaktion der Kölner Bezirksregierung hingegen ist deckungsgleich mit dem Verhalten von Rheinbraun. Beide sehen keinen Anlaß die Grundwasserkatastrophe näher zu untersuchen. Stattdessen ist verbale Schadensbegrenzung angesagt. Absicht oder abgesprochen ?

## Die Klage läuft ‚gut‘ :

Wir berichteten – die Bürgerinitiativen und der BUND – NRW haben im Juli 1996 eine gemeinsame Klage bei dem Verwaltungsgericht Aachen eingereicht. Auch der Kölner RP, H.Antwerpes, äußerte sich bei der Sitzung des Braunkohlenausschusses am 7.März.'97 in Frechen dazu. O-Ton: >> Die Entbehrlichkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung wird zur Zeit vom Bergamt Düren geprüft. Rheinbraun wolle nun in einer Begründung darlegen, daß die UVP für den neuen Tagebauabschnitt von 1996 bis 2020 im Kern entbehrlich sei. << Dies kann als Teilerfolg gewertet werden, denn die UVP ist nach geltendem Recht Pflicht. Rheinbraun war acht Monate damit beschäftigt, eine plausible Erklärung dafür zu finden, warum der Tagebau nach veraltetem Bundesberggesetz von 1950 fortgeführt werden soll. Unfähigkeit oder Taktik ?

## **Rheinbraun und Naturschutz:**

Der Betriebsplan für den Tagebau Hambach von 1996 bis 2020 wurde vom Bergamt Düren nicht sofort genehmigt. Wegen der vielen Einwendungen und Klagen hat das Bergamt eine „Anordnung zum sofortigen Vollzug“ erlassen. Rheinbraun versucht nun, die gemachten Verfahrensfehler durch ergänzende Studien zu kompensieren. Die Landesnaturschutzverbände haben die mangelhaften Unterlagen der Rheinbraun untersucht und eine eigene Studie zum Tagebau Hambach eingereicht. Will Rheinbraun nur begangene Verfahrensfehler vertuschen, ohne eine gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ?

## **Mauschelei in der Sommerpause:**

Im Genehmigungsverfahren zum geplanten 950MW Block in Niederaußem mußten die Antragsunterlagen einen Monat lang öffentlich ausgelegt werden. „Zufälligerweise“ geschah dies erst zehn Tage vor den Sommerferien, sodaß die restlichen drei Wochen in die Urlaubszeit fielen. Mit dieser bewußten Verlagerung in die Sommerpause wurden zumindest die Urlauber um die Möglichkeit gebracht, Einwendungen vorzutragen. Trotzdem machten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen von Ihrem Recht Gebrauch, sich gegen den neuen Kraftwerksblock und damit gegen den weiteren Raubbau an der Natur auszusprechen. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 soll laut RWE ausreichen, um das Kraftwerk zu genehmigen. Und genau das funktioniert nicht, denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es schon heute Kraftwerksüberkapazitäten von 10.000 MW. Das entspricht einem Überschuß von zehn geplanten Kraftwerksblöcken der Niederaußemer Größenordnung, und damit auch einem Überschuß von mehreren Tagebauen der Hambacher Kategorie. Diese Überkapazitäten sind mit dem Energiewirtschaftsgesetz nicht vereinbar. Zudem kommt ab 1999 die EG-Überleitungsvorschrift zur Öffnung des europäischen Strommarktes zum Tragen, was sowieso das Aus für die unwirtschaftliche Braunkohleverstromung bedeutet.

## **Mit Vollgas in die Niederaußemer Katastrophe:**

Die Bezirksregierung Köln, allen voran deren RP H.Antwerpes, hat den neuen Block K des Kraftwerks Niederaußem rechtswidrig genehmigt. Es wurden keine Verfahrensalternativen geprüft. Deshalb legten die Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A4, der BUND-NRW und viele Privatpersonen Widersprüche ein. Sowohl die Bürgerinitiativen als auch die Privatpersonen sind, falls sich RWE/Rheinbraun weiterhin uneinsichtig zeigen, bereit den Rechtsweg bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu beschreiten. Die Naturschützer wenden sich damit klar gegen den neuen Kraftwerksblock. Da die Widersprüche aufschiebende Wirkung für den Baubeginn des Kraftwerksblocks haben, ist der Auftritt von Antwerpes, Hlubek, Rüttgers und Clement am 12/12/97 lediglich als Realsatire zu werten. Der kollektive und medienwirksame Schulteranschluß ist also überflüssig, da von einem Baubeginn noch lange nicht die Rede sein kann. Die RWE-Vorstände wären gut beraten sich nach einem besseren Investitionsobjekt umzusehen, statt mit politischer Unterstützung 2,7Mrd.DM in den Sand zu setzen.

Würde der 950 MW-Block gebaut, so wäre Niederaußem mit 3700MW das größte deutsche Braunkohlekraftwerk. Das hätte zur Folge, daß der Tagebau Hambach (incl. Hambach II) bis über das Jahr 2050 hinaus ausgekohlt werden würde. Damit würden Sachzwänge für die geplante A4 Verlegung und das Abbaggern von Manheim und Morschenich und des Hambacher Forstes geschaffen.

Die Modernisierung von Niederaußem trägt, absolut gesehen, nicht zur Minderung der CO<sub>2</sub> - Emissionen bei, da die zu verstromende Menge an Kohle im Revier bei konstant 100Mio.t/Jahr bleiben soll. Es wird lediglich eine spezifische, aber keine absolute CO<sub>2</sub> - Minderung versprochen. Tatsache ist auch, daß sich RWE in den Genehmigungsunterlagen darüber ausschweigt, wo und wann die sechs alten 150MW Kraftwerksblöcke stillgelegt werden.

## Täglich warmer Regen:

Mit der Ausweitung des Braunkohlekraftwerks Niederaußem zum größten CO<sub>2</sub>- und Schadstoffemittenten Westeuropas würden im Radius von 50km täglich folgende Schadstoffe emittiert:

- 70.000 kg Stickoxid
- 140.000 kg Schwefeldioxid
- 90.000 kg Kohlenmonoxid
- 12.000 kg Chlorwasserstoff und
- 4.000 kg Fluorwasserstoff

Dazu kämen täglich ca. 2,2 kg Cadmium und 2,4 kg Thallium sowie 15 weitere Schwermetalle, Dioxine und Furane.

## Erdgas als Zukunftsoption, um die Brücke zur Solarenergie zu bauen:

Die geplanten Kraftwerkskapazitäten sollten kurzfristig durch dezentrale Gaskraftwerke in Ballungszentren incl. Auskopplung der Prozeßwärme in Fernwärmenetze ersetzt werden. In schwach besiedelten Gebieten müssen verstärkt Blockheizkraftwerke zum Einsatz kommen.

Langfristig sollten die Kraftwerkskapazitäten durch erneuerbare Energien (Photovoltaik, Solarthermie, Wind, Wasser, Biomasse) substituiert werden.

Und das sind unsere Ziele:

- **Die Autobahn 4 soll da bleiben, wo sie ist !**
- **Die Abbaugrenze des Tagebaus soll bis vor die A4 zurückgenommen werden.**
- **Der Tagebau Hambach soll nach geltendem Umweltrecht geprüft werden.**
- **Die Ausweitung des Kraftwerks Niederaußem zum größten deutschen Braunkohlekraftwerk muß verhindert werden.**

**Unterstützen Sie die Klage der Aktionsgemeinschaft mit einer steuerlich abzugsfähigen Spende auf das Konto 240 1303 017 bei der Volksbank Kerpen, Blz 370 691 41.**

Stand: Januar 1998